

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Die auf Botschafterebene geführten Konsultationen in Helsinki zur Frage der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren erste Sitzung im Spätherbst 1972 stattgefunden hatte, wurden im Rahmen von drei weiteren Sitzungsperioden vom 15. Jänner bis 8. Juni 1973 fortgesetzt. An diesen Gesprächen nahm unter der Leitung des Botschafters in Bern eine liechtensteinische diplomatische Mission, welcher der Leiter des Amtes für Internationale Beziehungen, der Chef der Pressestelle und der Botschaftssekretär in Bern angehörten, teil. Das Ergebnis dieser Gespräche fand seinen Niederschlag in der Durchführung der ersten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf Aussenministerebene vom 3. bis 7. Juli (1973) in Helsinki tagte. An dieser von 35 europäischen Staaten beschickten Veranstaltung war das Fürstentum Liechtenstein durch eine vom Regierungschef als Aussenminister angeführte Delegation vertreten, welcher ferner der Leiter des Amtes für Internationale Beziehungen und der Botschaftssekretär in Bern angehörten.

Der erste Teil der 2. Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand vom 18. September bis 14. Dezember (1973) in Genf statt. Eine Delegation des Fürstentums Liechtenstein in gleicher Zusammensetzung wie bei den Botschaftergesprächen im Spätherbst 1972 in Helsinki beteiligte sich aktiv an den Arbeiten dieser Konferenz, die im Jahr 1974 fortgesetzt werden.

Rechenschafts-Bericht der Regierung des Fürstentums Liechtenstein an den Hohen Landtag, 1973, S. 38

... Das Fürstentum Liechtenstein, das im Zuge seiner geschichtlichen Entwicklung seine Stellung unter den europäischen Staaten erringen und festigen konnte, hat alle Entwicklungen der jüngeren Zeit und auch diejenigen, die zum Konzept der gegenwärtigen Konferenz geführt haben, mit grossem Interesse verfolgt. Meine Regierung legte auch grossen Wert darauf, von Anbeginn bei den Vorbereitungsarbeiten aktiv mitzuwirken, obliegt es doch jedem Staat, unabhängig von seinen Dimensionen, seine Interessen im internationalen Leben wahrzunehmen, indem er sich an einer Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, zu dem er gehört, beteiligt ...

Liechtenstein begrüsst auch das Grundkonzept der Konferenz, wonach sich alle Teilnehmerstaaten als souveräne und unabhängige Staaten und unter Bedingungen voller Gleichheit an ihr beteiligen. In dieser Bekräftigung der Souveränität, Unabhängigkeit und Gleichheit der Rechte aller Staaten liegt nach unserer Auffassung eine bedeutungsvolle Voraussetzung, um die von der Konferenz gesteckten Ziele zu verwirklichen ... Bei ihrer Mitarbeit an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa lässt sich meine Regierung also von einem echten, wenn auch realistischen Optimismus leiten. Unsere grundsätzliche Haltung zu dieser Konferenz geht von dem Begriff des demokratischen Rechtsstaates aus, wie er auch in der Verfassung meines Landes verankert ist. So ist es selbstverständlich, dass unser Land sich einsetzt für eine Stärkung der Freiheit, der Sicherheit, der friedlichen Zusammenarbeit und der Freundschaft unter Staaten und Bürgern, und dass es ebenso alle Massnahmen unterstützt, die geeignet erscheinen, geordnete und vertrauensbildende Verhältnisse im zwischenstaatlichen Bereich zu fördern. Wir hoffen insbesondere, dass die Konferenz konkrete Ergebnisse auch auf dem Gebiet der Erleichterungen im Zusammenleben der Völker und der Kontakte unter den Menschen zeitigen wird, und dass durch die Verbesserung des gegenseitigen



Handwritten signatures and names of participants from various countries, including Liechtenstein, are visible below the photograph.

Teilnehmer der Aussenministerkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 3. bis 7. Juli 1973 in Helsinki: in der vierten Reihe, Mitte, Liechtensteins Regierungschef Dr. Alfred Hilbe